

Grundgesetzänderung für Milliarden-Privatisierung stoppen!

Mit viel Zeitdruck und unbedingt **noch vor der Sommerpause** will die Bundesregierung eine Änderung des Grundgesetzes beschließen. Sie benötigt diese **Grundgesetzänderung** für die Gründung einer Fernstraßengesellschaft, das ist eine Infrastrukturgesellschaft **zur Privatisierung der Autobahnen**.

Wir sagen dazu **NEIN**, weil:

- diese Gesellschaft mit privatem Kapital ausgestattet werden soll. Das heißt **Banken und Versicherungen werden** ihr Geld dort anlegen und **eine hohe Rendite abschöpfen können**. Für diese Rendite werden die öffentlichen Haushalte – entsprechend wir alle – zur Kasse gebeten. Die Mittel für die Rendite der Banken und Versicherungen wird künftig bei der Refinanzierung der öffentlichen Infrastruktur fehlen!
- die sozial-ökologische Wende in der Verkehrsinfrastruktur verhindert wird. Die neue Infrastrukturgesellschaft soll nur die Finanzierung und den Bau der Autobahnen übernehmen und ihr Budget soll nicht der „Schwarzen Null“ unterliegen. Andere Mobilitätsmöglichkeiten, wie z.B. Fahrradwege erfahren solche Sonderbehandlung nicht und ihre Finanzierung unterliegt weiterhin der Schuldenbremse. **So wird der schädliche Straßenverkehr im bisher unbekanntem Maße gefördert und ausgebaut, mit Schäden für die Gesundheit und für die Umwelt.**
- die Planung, Bau und Bewirtschaftung der Bundesfernstraßen zentralisiert wird. Damit sind **über 18.000 Arbeitsplätze bedroht**, das Wissen in den Landesbauämtern und die Erfahrung der Straßenbauarbeiter wird entwertet. Die Bundesfernstraßengesellschaft soll, ebenso wie die berühmte Partnerschaften Deutschland AG, **Öffentlich-private-Partnerschaften vorantreiben, in diesem Fall im Straßenbau**. Die riesigen ÖPP-Projekte im Autobahnbereich sind nur große Konzerne interessant. Regionalen Unternehmen kommen bestenfalls als Subunternehmen dieser Konzerne zum Zuge und unterliegen dann deren Preispolitik.

Den Entwurf für eine solche GG-Änderung hält die Bundesregierung schon in ihrer Tasche. Sie will ihn mit ihrer zwei-drittel Mehrheit im Bundestag noch bis zur Sommerpause 2016 durchdrücken. Kein demokratischer Prozess, keine Diskussion, Interessen der BürgerInnen – egal!

Doch die Länder müssen einer Grundgesetzänderung zustimmen und hier sehen wir unsere Chance.

Mach(en Sie) mit! Wir können die Grundgesetzänderung noch abwenden und die Bundesfernstraßengesellschaft verhindern.

Bereits geschafft haben wir, 254.000 Unterschriften gegen dieses Vorhaben den Ministerpräsidenten der Länder zu überreichen. Daran wollen wir nun anknüpfen und haben folgendes vor:

- ➔ Briefe an die Verkehrsminister der Ländern sowie an die Landtagsabgeordneten schreiben,
- ➔ Abgeordnetenwatch nutzen, um die Positionen der Abgeordneten zu erfahren und sie öffentlich zu machen.

Willkommen sind weitere Ideen, um die Pläne zur Privatisierung im öffentlichen Diskurs zu halten, um Einfluss auf die politische Entscheidung zu nehmen und letztlich – um das Vorhaben zu kippen.

- ➔ Kontakt mit uns aufnehmen: info@gemeingut.org oder (030) 37 300 442
- ➔ Anmeldung für die Mailingliste der attac AG Privatisierung:
<https://listen.attac.de/mailman/listinfo/attac-privatisierung>

Mehr Informationen, Briefvorlagen, Kampagnenbriefe etc. unter: www.gemeingut.org

In Frankfurt wird die Aktion unterstützt vom
Bündnis gegen Privatisierung Frankfurt.
Unsere Website: www.privatisierung-nein.de